



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

4. Jg. Nr. 1

15.1.1976

50 Pfennig

Gegen die arbeiter- und volksfeindliche Klassenjustiz stärkt die ROTE HILFE

SCHARFRICHTER SOMOSKEOY

Im Prozeß gegen die 4 türkischen Patrioten in Köln steht das Urteil bevor. Das bisherige Glanzstück des Richters Henry Victor de Somoskeoy soll seinen würdigen Abschluß finden. Die 4 türkischen Patrioten sollen verurteilt werden, weil sie gemeinsam revolutionäre Schriften studiert haben. Das soll ihre kriminelle Vereinigung sein. Somoskeoy nimmt hier den § 88a faktisch vorweg - der Besitz von marxistisch-leninistischen Schriften ist der "Beweis" für die revolutionäre Gesinnung der Angeklagten.

Somoskeoy spielt in diesem Prozeß sein ganzes Repertoire aus. Der Prozeß ist die Krönung seiner Laufbahn als "Scharfrichter" - eine Charakterisierung, die RA Hannover als noch mild bezeichnet. Die französische Zeitung "Combat" bezeichnete ihn als Nazi-Richter.

Allen Angeklagten, Verteidigern, Zuschauern führt er immer wieder vor, was er von der Prozeßführung, der Wahrheitsfindung und den Rechten der Angeklagten und der Verteidigung hält.

Staatsanwalt und die Zwangsverteidiger, die auf seiner Seite stehen, sind begeistert. Jeder Tag im Gerichtssaal zeigt erneut die Farce des Herrn Somoskeoy.

• Verhöhnung und Beschimpfung der Angeklagten:

"Sie sitzen ja hier wie die Paschas. Der Schah von Persien hat keine 4 Dolmetscher, wenn er den Lübke besucht. 4 Dolmetscher hat der nicht."

"Wenn Sie noch einmal eine nicht zur Sache gehörende Frage stellen, wird Ihnen das Wort entzogen. Wenn Sie nicht aufhören, setzen wir Sie an die Luft." Diese Drohung hat Somoskeoy inzwischen wahrgemacht. 3 Angeklagte sind bis zum Ende des Prozesses ausgeschlossen.

• Der zweite "Gegner", auf den sich Somoskeoy stürzt, sind die wenigen Vertrauensanwälte, darunter RA Erika Fischer.

"Sie müssen damit rechnen, daß Ihnen künftig das Wort zu Verfahrensfragen nicht mehr erteilt wird."

"Es gibt Anträge, auf die reagieren wir gar nicht."

Damit so etwas nicht ins Protokoll kommt, erklärt er, daß er das bestimme und auch, was wichtig sei.

Um dem "Mißbrauch des Fragerechts der Verteidigung vorzubeugen, hat er mit seinen Beisitzern beschlossen, daß alles, was er sagt, bereits Gerichtsbeschuß ist. Befragung von Zeugen durch die Verteidigung übernimmt er selbst, damit keine unerwarteten Antworten auftreten. Kommt er mit allen diesen Mitteln nicht weiter, so hetzt er gegenüber den Anwälten:

"Sie sind ein Meister, ich betone ein Meister, lange zu sprechen, ohne viel zu sagen."

Die letzten Wochen des vergangenen Jahres waren eine Kampfansage der revolutionären und demokratischen Kräfte gegen den "Gewaltparagraphen", der schon den Gedanken an die proletarische Revolution bestraft. Zahlreiche revolutionäre Organisationen haben sich in der Aktionseinheit zusammengeschlossen. In allen größeren Städten fanden Demonstrationen statt. Verleger, Schriftsteller, Professoren und Journalisten schlossen sich in einer Initiative gegen den Gewaltparagraphen zusammen.

Mitte Januar soll die 13. Strafrechtsreform verabschiedet werden. Unter der Überschrift "Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten" stellt sie die marxistisch-leninistische Propaganda unter Strafe. Das kommunistische Manifest wird zum Aufruf zum Völkermord, wer es besitzt zum Straftäter. Jeder, der nur ausspricht, daß die Zerschlagung dieses Ausbeutersystems der Arbeiterklasse und dem Volk die Befreiung bringt, wird bestraft.

Mit diesem massiven Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes will die Bourgeoisie dem Zerfall der Illusionen über ihre Ausbeuterherrschaft begegnen.

Wie alle kapitalistischen Länder wird auch der BRD-Imperialismus von der gegenwärtigen Krise erfasst. Er befindet sich in der schwersten Krise seit 1945. Um der Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Staaten standhalten zu können, macht er breite Front gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen: 1,2 Millionen Arbeitslose, Lohnraubabschlüsse, Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, drastische Einschränkung wichtiger Sozialleistungen.

Der Aufschwung wird nur unter weiteren Rationalisierungen und einer andauernden Arbeitslosigkeit von statten gehen. Das bedeutet für die Arbeiterklasse und die Werktätigen Steigerung der Arbeitshetze, weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage. Viele Arbeiter, die 1969 der SPD ihre Stimme gaben in der Hoffnung, die versprochenen Reformen könnten eine Verbesserung ihrer Lebenslage und Demokratie für die Massen bringen, sehen sich heute betrogen.

In dieser Situation muß die Bourgeoisie alles daran setzen, um zu verhindern, daß die Arbeiterklasse sich vom bürgerlichen Staat abwendet und sich für die Errichtung der Diktatur des Proletariats zusammenschließt. Deshalb fürchtet sie den Einfluß der revolutionären Bewegung, insbesondere des Marxismus-Leninismus und legt es darauf an, sie von der Arbeiterklasse zu isolieren.

Denn die Marxisten-Leninisten weisen der Arbeiterklasse und dem Volk den Weg zu ihrer Befreiung. Er führt notwendigerweise über den Sturz derer, die ihren Reichtum täglich aus der Ausbeutung der Millionen Arbeiter und Werktätigen schöpfen und ihre morsche Herrschaft täglich mit Gewalt gegen die Ausgebeuteten absichern. Die Bourgeoisie und ihre Parteien jedoch können dem Volk keine Perspektive bieten. Die Klassenwirklichkeit bringt es immer deutlicher zutage: Der Kapitalismus läßt sich nicht reformieren, Krise, Arbeitslosigkeit und Krieg, das ist es, was er den Massen bringt.

Mit der Beschränkung auf die Verfolgung "verfassungsfeindlicher" Schriften, macht die Bourgeoisie ein Zugeständnis an die modernen Revisionisten in Gestalt der DKP SEW-Führer. Diese Agenten des russischen Sozialimperialismus hüten sich davor, die Verfassung als ein Instrument, das nur die Herrschaft der Bourgeoisie zementiert, anzugreifen. Sie sprechen davon, erst die Verwirklichung der Verfassung könnte "die Macht der Monopole zurückdrängen". Damit entwaffnen sie die Arbeiterklasse und ketten sie an den Staat der Kapitalisten. Sie beteiligen sich aktiv mit ihren Denuntiationen an der Verfolgung revolutionärer Kräfte. Denn ihnen geht es wie ihrem Blutsbruder Cunhal in Portugal darum, dem russischen Sozialimperialismus den Weg zur Errichtung seiner sozialfaschistischen Herrschaft wie in der DDR auch in der BRD zu bahnen.

DER STAAT ALS BESCHÜTZER DES VOLKES VOR TERROR UND BANDITEN - EINE ABGESCHMACKTE LEGENDE

Um ihre Absicht, die Verfolgung der revolutionären Propaganda zu verbergen, gibt

Forts. S. 4

Freispruch für die 4 Patrioten!



"Lernen Sie erstmal Anstand, Sie sind ja noch grün hinter den Ohren!"
"Frau Fischer hat heute wieder ihre 15 Minuten. Wir machen erstmal so lange Pause, bis sie sich wieder beruhigt hat."
"Oder 'Ich brauche ja nur in den Zuschauererraum zu sehen, um zu wissen, wie Sie (gemeint ist RA Fischer) heute wieder auftreten."
"Sie betreiben hier Prozessesabotage, und das vom ersten Tag an."

• Prozeßbesucher will er am liebsten nach Ossendorf schicken. Als er entdeckte, daß einige Zuschauer Plaketten mit der Aufschrift: Freiheit für die türkischen Patrioten! trugen, ließ er sie brüllend festnehmen und vorführen. Sein Gefolge versetzte allerdings zu sehens, als diese ausführten, daß ein breiter Protest gegen diesen Prozeß besteht, sogar schon Anfragen im türkischen Parlament gestellt wurden.

Inhalt

Erste Erfolge der Weltmacht BRD
Weg mit den Professoren! Im Namen
Freiheit für Spanien
Vorwärts im Kampf um eine
ROTE HILFE
Erzähler: Meinungspräsident
Hierarchie
Sowjetunion - ein Mißbrauch

Freiheit für alle politischen Gefangenen

Zwei neue Ortsgruppen in München und Köln

An Ömer Özerturgut 8.1. 75
Mustafa Tutgun
Hatice Yurtas
Yüksel Ugurlu
Baha Targin
JVA Köln-Ossendorf, Rochusstr.

Liebe Genossen!
Zum Jahreswechsel wünschen wir Euch ein kämpferisches und revolutionäres Jahr 1976 und besonders, daß der Kampf um Eure Freilassung erfolgreich sein wird. Unsere Ortsgruppe, die erst seit kurzer Zeit ihre Arbeit in Ehrenfeld aufgenommen hat, hat in der letzten Woche eine erste Bilanz ihrer Aktivitäten gezogen und sich neue Aufgaben vorgenommen. Für die beiden Kölner Ortsgruppen war der Schwerpunkt der diesjährigen Weihnachtshilfe der Kampf um Eure und die Freilassung von Horst Mahler. Wir haben mehrere Agitpropensätze, Briefkastenverteilung von Flugblättern und anschließenden Hausbesuchen mit Geldsammlung durchgeführt, wobei erfreulich viel Geld gesammelt werden konnte. Bei einer Musikveranstaltung mit Mikis Theodorakis schenkten uns viele Menschen überzählige Eintrittskarten, damit wir sie zugunsten der politischen Gefangenen weiterverkaufen. Weiter haben wir bei der Kölner Stadtverwaltung eine Geldsammlung beantragt, die mit der unverschämten "Begründung" verboten wurde, daß die ROTE HILFE eine "Hilfsorganisation" der Kommunistischen Partei Deutschlands sei, die sich wiederum bei Geldsammlungen als "unzuverlässig" erwiesen habe. Aber wir haben uns von diesem Versuch, die Existenz politischer Gefangener zu vertuschen, nicht abschrecken lassen. Alle Menschen, mit denen wir dann auf der Straße sprachen waren über die Maßnahmen gegen Euch, besonders über den Ausschluß von Ömer, Mustafa und Hatice vom gesamten Prozess empört. Wir werden uns anstrengen, möglichst viele von ihnen in die Kampffront für Eure Freilassung einzureihen.

"Weder Rußland noch Amerika - für eine unabhängige und demokratische Türkei!" für diesen gerechten Kampf spendeten soviele Menschen, daß wir unser Planscholl der Geldsammlung mit 235,-DM übererfüllen konnten.
Der erste Höhepunkt unserer Aktivitäten war das Solidaritätsfest, das am 19. Dez. stattfand. Über 35 Genossen und Freunde kamen und begrüßten den ebenfalls erschienenen Genossen Yüksel begeistert. Sein Bericht hat bei den Genossen und Freunden, die die Bedeutung des Prozesses gegen Euch bisher unterschätzt hatten, sicherlich eine Korrektur ihrer Haltung bewirkt. Ihr könnt sicher sein, daß in Zukunft auch Eurem Prozeß mehr Aufmerksamkeit und regere Beteiligung gelten wird. (...)

Am 24. Dezember haben wir eine Kundgebung vor der JVA Ossendorf durchgeführt, wo auch der Genosse Yüksel zu den anwesenden sprach. Bitte berichtet uns doch, ob Ihr in Euren Zellen die Kundgebung hören konntet und wie sie bei den Gefangenen aufgenommen wurde. Morgen, am 9.1. wird die "Neue Welt", ein fortschrittlicher Film- und Kulturverlag, in einem Ehrenfelder Kino den Film "Sacco und Vanzetti" vorführen, der den Kampf der Arbeiter aller Länder in den 20er Jahren um die Freilassung von 2 politischen Gefangenen in den USA zeigt. Der Veranstalter hat diesen Film dem Kampf um Eure Freilassung gewidmet. Günter Wallraff, ein fortschrittlicher deutscher Journalist, der durch viele mutige Aktionen der deutschen Arbeiterklasse und vielen ausländischen Kollegen bekannt ist, hat Euch seine Unterstützung zugesagt und wird den Prozess besuchen. Am 10.1. wird ein Fest der Freundschaft des deutschen und türkischen Volkes stattfinden, das ebenfalls dem Kampf um Eure Freilassung dienen wird.
Genossen! Trotz vieler Mängel, Fehler und Versäumnisse sind wir im Kampf um

Eure Freilassung einen Schritt weiter gekommen. Jetzt werden wir die Mängel und Fehler beheben, Versäumnisse vermeiden, damit der Kampf um Eure Freilassung erfolgreich sein wird. Aber bis dahin wird der Ruf "Freiheit für die türkischen Patrioten!" nicht verstummen!

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!
ROTE HILFE
Ortsgruppe Ehrenfeld

München-Laim:

Am 18. Dezember fand in München-Laim das Gründungsfest der Ortsgruppe München-Laim der ROTEN HILFE statt. Die Veranstaltung stand im Zeichen der Weihnachtshilfe für die politischen Gefangenen. Etwa 60 Menschen waren dem Aufruf der ROTEN HILFE gefolgt.

Besonders von den anwesenden Laimer Kollegen wurde die Gründung der Ortsgruppe freudig begrüßt. Die ROTE HILFE hatte im Sommer dieses Jahres den Protest der Bewohner der GWG-Häuser in Laim gegen die z. T. menschenunwürdigen Wohnverhältnisse und die mehrmals jährlich stattfindenden Mieterhöhungen aufgegriffen. Inzwischen haben sich viele Mieter in einem Mieterkomitee organisiert. Die ROTE HILFE sah es in diesem Kampf als ihre vorrangige Aufgabe an, deutlich zu machen, daß Erfolge in solchen Kämpfen zwar sehr wichtig sind, schlagen sie doch die unverschämtesten Angriffe der Bourgeoisie auf die Existenzgrundlage der Arbeiter und Werktätigen zurück. An der grundsätzlichen Situation der Arbeiter, täglich mehr ausgebeutet zu werden, ändern solche Erfolge jedoch nichts.

Wir zeigten daher auf, daß unser Kampf nicht bei der GWG und dem Münchner Stadtrat stehen bleiben darf. Indem die GWG versuchte, den Kampf der Laimer Mieter durch einseitige Verfügungen, Strafandrohungen bis zu 50000,- DM zu unterbinden, konnten wir gut aufzeigen, wie durch den Einsatz der Klassenjustiz und anderer Unterdrückungsmittel der Ausbeuterfrieden gesichert werden soll, daß auch die Werktätigen in Laim sich einreihen müssen in den Kampf gegen die sich verschärfende politische Unterdrückung und Unterdrückung. Auch machten wir immer wieder deutlich, daß in der DDR, der UdSSR und den anderen von Sozialimperialismus beherrschten Ländern längst kein Sozialismus mehr herrscht, daß vielmehr die Völker in faschistischer

Freiheit für Spanien!

Über 100 000 Arbeiter und Werktätige, arme Bauern und Landarbeiter kämpfen seit Wochen gegen die katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen die vollkommene Rechtlosigkeit des spanischen Volkes. Mit zahlreichen Demonstrationen, Protestkundgebungen werden sie unterstützt. Immer wieder erschallt der Ruf: Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Der Einsatz der faschistischen Guardia-Civil, die Verhaftung zahlreicher Gewerkschafter, sowie die öffentliche Erklärung der Faschisten, keine "politisch motivierten" Streiks zu dulden, zeigt deutlich: Franko ist tot, doch der Faschismus lebt noch! Die Lösung aller Lebensfragen des spanischen Volkes kann nur über den Sturz der "neuen" Faschisten-Regierung, mit dem Hampelmann Juan Carlos an der Spitze, erreicht werden.

So erreichen die Faschisten mit der Verfolgung und Einkerkelung von Streikführern und den Polizeiangriffen auf Demonstration und Protestkundgebungen nur,

daß die Solidarität weiter wächst, die Kampfbereitschaft weiter zunimmt. In-

Erste Ergebnisse der Weihnachtshilfe



Das Weihnachtspaket für den Genossen Horst Mahler wird gepackt

Manier unterdrückt werden, daß Breschnew und Konsorten sogar am heftigsten Vorbereitungen für einen neuen Krieg treffen. Immer mehr Laimer sahen durch unsere Arbeit, daß es nicht genügt, ausschließlich für die unmittelbaren Tagesinteressen zu kämpfen, sie interessierten sich immer mehr dafür, was die ROTE HILFE insgesamt will und wie sie den Kampf führt.

Das beweisen die ca 80 RHZ, die wir im November an unseren Ständen und bei Hausbesuchen alle in an Laimer Bürger verkauften.

Auch wenn sich diese Laimer noch nicht in der ROTEN HILFE organisiert so zeigt ihr Interesse doch, wie wichtig die Gründung der Ortsgruppe geworden ist. Neben dem Beitrag über die Gründung der Ortsgruppe berichteten ROTE HELFER über die Weihnachtshilfe für die politischen Gefangenen. Lieder der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wurden immer wieder gesungen.

Einen Höhepunkt bildete die Versteigerung einer Torte, die eine Genossin selbst gebacken hatte, und die Versteigerung von zwei selbstgefertigten Handpuppen - ein Kapitalist und ein Richter. Insgesamt wurde durch Versteigerung, Sammlung und Bazar auf dem Fest 285,-DM für die Weihnachtshilfe aufgebracht. In der Gewißheit, daß die Arbeit der ROTEN HILFE in Laim erfolgreich voranschreiten wird, wurde das Fest beendet.

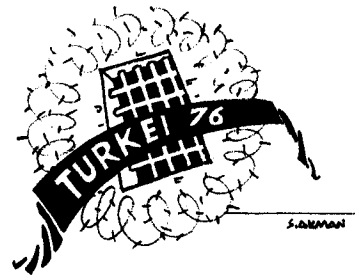
Gesamtgeldspenden für die Weihnachtshilfe in München: 601.23 DM (OG M-Laim u. OG M-Haidhausen)

zwischen hat sich auch die sogenannte "Amnestie" der politischen Gefangenen in Spanien als plumpe Täuschungsmanöver entlarvt, noch immer sitzen 90% aller politischen Gefangenen in den Kerkern der faschistischen Diktatur, täglich kommen neue hinzu. Denn von dieser Amnestie waren nur Gefangene betroffen, die keine Gewalt angewendet hatten, die den Faschisten also nicht gefährlich werden können.

Die Rote Hilfe hat in diesem Jahr bei der Weihnachtshilfe für die politischen Gefangenen die politischen Gefangenen in den Kerkern der spanischen Faschisten ins Zentrum gestellt. Mehrere tausend DM können zur Unterstützung ihres Kampfes und zur Unterstützung ihrer Angehörigen zur Verfügung gestellt werden.

Die eingegangenen Kleiderspenden werden den Genossen der POLISARIO (Befreiungsbewegung von West-Sahara/ehemals "Spantsch"-Sahara) zur Verfügung gestellt.

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DES SPANISCHEN VOLKES!
NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN DIKTATUR!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN SPANIEN!



Schah-Regime will 10 Patrioten ermorden

Ende Dezember wurde bekannt, daß im Iran wieder 10 Todesurteile gegen Gegner des Schah-Regimes gefällt wurden und daß die Verurteilten in höchster Lebensgefahr schweben. Zu den 400 Mordtaten an Patrioten in den letzten 4 Jahren sollen weitere 10 kommen! In Köln kam es darum am 2. Januar zu einem Hungerstreik, an dem sich über hundert Iraner beteiligten und der sofort von fortschrittlichen deutschen Organisationen unterstützt wurde. Die ROTE HILFE ruft auf, den Kampf der persischen Patrioten zu unterstützen und die nachfolgende Protesterklärung der Föderation Iranischer Studenten (FIS) unterschrieben einzusenden an:
FIS, Heidelberg, Postfach 103043

PROTESTERKLÄRUNG

Mit Empörung habe ich von den Todesurteilen gegen zehn iranische Oppositionelle, die in einem geheimen Militärgerichtsverfahren verhängt worden sind, erfahren. Diese Todesurteile sind in der Realität Ausdruck der Intention des iranischen Regimes, sich mittels physischer Vernichtung der Oppositionellen zu entledigen. Ich protestiere auf schärfste gegen die 10 Todesurteile, sowie gegen die Folterungen und Erschießungen im Iran. Ich fordere:
- AUFHEBUNG DER TODESURTEILE
- BEKANNTGABE DER TERMINE DER REVISIONSGERICHTSVERHANDLUNG
- ZULASSUNG EINER UNABHÄNGIGEN INTERNATIONALEN JURISTISCHEN UND MEDIZINISCHEN DELEGATION IN DEN IRAN ZUR TEILNAHME AN DEN MILITÄRGERICHTSVERHANDLUNGEN UND ZUR UNTERSUCHUNG DER LAGE DER POLITISCHEN GEFANGENEN.

Name:
Adresse:
Beruf:
Unterschrift:

VORWÄRTS IM KAMPF UM EINE ROTE HILFE!

Verstärken wir den Kampf für eine starke ROTE HILFE der Arbeiterklasse und der unterdrückten Volksmassen in Deutschland!
Seit Gründung der ROTEN HILFE verfolgt der Zentralvorstand eine Politik mit dem Ziel, eine ROTE HILFE zu schaffen. Auf dieser Grundlage hat der Zentralvorstand den Vorschlag der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS (RHD) vom 27.10.1975, Verhandlungen aufzunehmen, begrüßt, und in seinem Schreiben an die RHD vom 31.10.1975 um konkrete Terminvorschläge zur Aufnahme von Gesprächen gebeten.

DER KAMPF UM EINE ROTE HILFE MUSS ERNSTHAFT, OFFEN UND EHRlich GEFÜHRT WERDEN!

Erklärung des Zentralvorstands

Für eine ROTE HILFE!

Der Zentralvorstand wendet sich an alle Mitglieder der ROTEN HILFE und der RHD, sich aktiv an diesem Kampf zu beteiligen!

Für die Schaffung einer ROTEN HILFE ist der Kampf um die Einheit der Marxist-Leninisten von großer Bedeutung. Die deutsche Arbeiterklasse braucht eine starke bolschewistische Partei. Die Beseitigung des Zustandes, daß es gegenwärtig noch zwei revolutionäre Rote Hilfen gibt, ist damit eng verknüpft.

Wir begrüßen die gemeinsamen Verhandlungen zwischen der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS und der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS-MARXISTEN LENINISTEN. Wir unterstützen ihren gemeinsamen Wunsch, geeint und gestärkt daraus hervorzugehen und

sich auf der Basis der Gleichberechtigung über wesentliche Fragen der Generallinie, der Strategie und Taktik zu beraten, denn im Kampf der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution kann es nur eine Kommandozentrale geben.

Die ROTE HILFE ist eine überparteiliche Massenorganisation, aber sie ist sehr wohl parteilich im Sinne der Arbeiterklasse. Die ROTE HILFE strebt eine Einheit mit der RHD an, die für die Arbeiterklasse und das Volk in Deutschland einen Schritt nach vorn bedeutet. Das heißt, beide Organisationen sind verpflichtet, eine grundlegende Kritik und Selbstkritik in den eigenen Reihen zu führen und im gemeinsamen ideologischen Kampf die revolutionären Positionen zu festigen und die gegen die Arbeiterklasse gerichteten Positionen zu überwinden.

Die Aktionseinheit zwischen der ROTEN HILFE und der RHD zur Weihnachtshilfe und der gemeinsame Aufruf waren ein erster Schritt dazu. Leider hat die Praxis gezeigt, daß nicht alle Genossen in der RHD

von dem festen Wunsch nach Einheit getragen sind. Stattdessen kam es in mehreren Städten zu Auseinandersetzungen, weil Genossen der RHD sich durch ihr kleinbürgerlich, opportunistisches Auftreten

der Durchführung der Aktionseinheit in den Weg stellten. Einheit kann nicht heißen ein prinzipienloses Hinüberwechseln von der einen in die andere Organisation, kann nicht heißen, daß die Ortsgruppen sich ineinander auflösen, kann und darf nicht Einheit ohne Klarheit bedeuten.

Wir verurteilen das Vorgehen der RHD in Berlin/Kreuzberg. Dort versuchten Genossen der RHD unsere Ortsgruppe gegen den Landesvorstand und den Zentralvorstand zu mobilisieren, unter Umgehung des politischen ideologischen Kampfes, Einheit auf Ebene der Ortsgruppen und gegen Landesvorstand und Zentrale zu propagieren. Sie forderten die Ortsgruppe auf, als kollektives Mitglied in die RHD einzutreten.

Dies mit der Bemerkung, man solle sich nicht auf den Zentralismus berufen und bevormunden lassen. Bei ihnen in der RHD gäbe es diese Möglichkeit der Ortsgruppe, und dies könne keine höhere Ebene verhindern. Der Zentralvorstand verurteilt die-

ses Vorgehen, denn die Genossen, die diese Linie verfolgen, sind nicht für die Einheit, sondern sind Spalter und Machtpolitiker; sie orientieren sich nicht an den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes. Sie weichen dem ideologischen Kampf aus, der die Voraussetzung zur Herstellung der Einheit auf der Basis der Gleichberechtigung ist.

Im Kampf um eine ROTE HILFE werden wir gegen diese Opportunisten erbittert kämpfen und an dem Ziel der politischen und ideologischen geeinten ROTEN HILFE festhalten.

Die Aufgaben der ROTEN HILFE wachsen ständig. Angesichts der zunehmenden reaktionären Formierung des Staatsapparats, der Verschärfung der politischen Unterdrückung durch die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die sozialfaschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie in der DDR, angesichts der drohenden Weltkriegsgefahr ist es für die deutsche Arbeiterklasse und das Volk von größter Dringlichkeit, eine starke Solidaritätsorganisation zu haben.

VORWÄRTS IM PRINZIPIENFESTEN, OFFENEN UND EHRlichen KAMPF UM DIE EINE ROTE HILFE!

SCHAFFT ROTE HILFE!
SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!

Im Januar 1971 wurde unter führender Mitarbeit der KPD-Aufbauorganisation die ROTE HILFE gegründet. Mit der Erklärung des ROTE HILFE KOMITEES (RHK) wurde die erste Phase des Kampfes zweier Linien innerhalb und gegenüber der aus der Studentenbewegung entstandenen Rote Hilfe-Gruppe in Westberlin abgeschlossen.

Seit den Thesen "Die erste Etappe des Aufbaus der Kommunistischen Partei des Proletariats" - vom Gründungskern der KPD im Dezember 1969 vorgelegt -, in denen Ausführungen über das richtige Verhältnis von Hilfsorganisation und Aufbau der Kommunistischen Partei gemacht wurden, hatte sich in der Roten Hilfe-Gruppe in Westberlin, einem Sammelbecken aller Organisationen mit dem Anspruch des "Antirevisionismus", der Kampf zwischen der proletarischen und kleinbürgerlichen Linie verschärft.

Die kleinbürgerliche Linie

- leugnete die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei zur Befreiung der Arbeiterklasse,
- leugnete, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann,
- verfolgte das Konzept einer "sozialistischen Massenorganisation", in der sich alle parteifeindlichen, spontaneistischen, anarchistischen und andere kleinbürgerlich-opportunistischen Gruppen zusammenfinden sollten,
- suchte in der "Knaast- und Randgruppenarbeit" ihre Praxis.

Die proletarische Linie

- erkannte die führende Rolle der Arbeiterklasse im Kampf um ihre Befreiung an und bestimmte die Aufgaben der Roten Hilfe danach,
- erkannte die Notwendigkeit der kommunistischen Partei als die einzige Kraft an, die erfolgreich die Arbeiterklasse zu ihrem Ziel führen kann,
- erkannte als Hauptaufgabe der Roten Hilfe den Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes und den Schutz der Kommunisten und Revolutionäre,
- entwickelte einen Aufbauplan für die proletarische Massenorganisation ROTE HILFE, der sich an der Entfaltung des Klassenkampfes und dem Aufbau der Vorhutorganisation des Proletariats orientierte.

So entstand die ROTE HILFE

Will man aus dem ideologischen Kampf gestärkt hervorgehen, so muß man bei der eigenen Kritik-Selbstkritik, sowie bei der gegenseitigen Kritik zwischen Haupt- und Nebenseiten unterscheiden. Vor allem muß man erreichen, daß in der Kritik der politische Gesichtspunkt richtig herausgearbeitet wird. Jede Äußerung muß auf Tatsachen beruhen. Nur so wird man Fehler korrigieren und den Weg der Korrektur angeben können. Die durch und durch subjektivistische Wiedergabe der Gründungsgeschichte der RHD, wie sie in der Zeitung der RHD 1/76 dargelegt wurde, ist ein ernstes Hindernis auf dem Weg zu einer Roten Hilfe. Sie ist gespickt mit Verdrehungen und Verleumdungen und nicht getragen von dem Geist ehrlicher Kritik und Selbstkritik!

Der Kampf zwischen diesen Linien führte im Dezember 1970 zur Spaltung des Delegiertenrats der Roten Hilfe-Gruppe in Westberlin, zur Gründung des RHK auf der einen und der Roten Hilfe/Stephanstr. auf der anderen Seite.

Die späteren Gründer der RHD, griffen in diesen Kampf an keinem Punkt ein!

Nach der Gründung des RHK wurde der Kampf zweier Linien fortgesetzt, besonders gegenüber der sich nach der Spaltung der alten Roten Hilfe-Gruppe offen durchsetzenden kleinbürgerlich-anarchistischen Politik in der RH/Stephanstr. und den auf deren Kurs sich in mehreren Städten der BRD bildenden Rote Hilfe-Gruppen. So besonders anlässlich des Prozesses gegen Horst Mahler 1972/73 (vgl. Broschüre des RHK zum Mahler-Prozeß).

Das RHK entwickelte in der Zeit bis 1973 im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz (Mahler-Prozeß), gegen den Abbau demokratischer Rechte des Volkes, gegen die Beschneidung der Rechte von Angeklagten und Verteidigern (Samt-Fischer-Kampagne, Schily-Kampagne), in der politischen und juristischen Hilfe gegenüber kämpfenden Arbeitern (Offizina) sowie in der internationalen Solidarität (Sammlung zur Überwindung der Flutkatastrophen-schäden in der Dem. Rep. Vietnam) wesentliche Elemente der Roten Hilfe.

Im Sommer 1973 war der Aufbau einer proletarischen Massenorganisation ROTE HILFE dringend notwendig geworden: die westdeutsche Bourgeoisie ging dazu über, die wieder entstandene kommunistische

Bewegung in unserem Lande zu zerschlagen, versuchte die KPD und andere revolutionäre Organisationen zu verbieten, in NRW wurde gegen sie ein generelles Demonstrationsverbot verhängt, erstmals seit der Kommunistenverfolgung der Adenauer-Ära wurden Kommunisten und Antimperialisten durch die bürgerliche Klassenjustiz verfolgt und verhaftet (Morle-mann, Semler, Kranzusch), Teile der Arbeiterklasse, besonders ausländische Arbeiter, führten in größerem Ausmaß selbständige Streiks durch, gegen die brutal der Polizeiapparat eingesetzt wurde, durch Ausländergesetze wurde die Entrechtung der ausländischen Arbeiter verschärft, ausländische Organisationen wie GUPS/GUPA verboten, erstmals seit langer Zeit sollten wieder klassenbewußte Arbeiter mit Gewerkschaftsausschlüssen und politischen Entlassungen von ihrer Klasse isoliert werden.

Während die Politik der zahlreichen, kleinbürgerlich-anarchistischen Rote Hilfe-Gruppen die Propagierung der "Roten Armee Fraktion" (RAF) als ihre Aufgabe sahen, sie im Auf und Ab mit den Verfolgungsmaßnahmen der Bourgeoisie gegen die RAF von einer Zerfallserscheinung nach der anderen gekennzeichnet waren, entwickelte das ROTE HILFE KOMITEE und die KPD die proletarische Linie der ROTEN HILFE weiter, organisierte in der "Hände weg von der KPD"-Kampagne eine große Solidaritätsbewegung und gründeten nach erfolgreichem Kampf durch diese Kampagne die ROTE HILFE als Massenorganisation.

In einem vorläufigen Programm wurden im Herbst 1973 die Hauptaufgaben und Ziele der ROTEN HILFE bestimmt:

"Um diesen Unterdrückungsmaßnahmen zu begegnen ist es notwendig denn je, die proletarische Solidarität zu organisieren. Durch politische, moralische, juristische und materielle Hilfe soll verhindert werden, daß einzelne Menschen durch Verfolgung, insbesondere von der Klassenjustiz, durch materielle Not zermürbt und vom Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung abgehalten werden. Die Organisation, die diese Aufgaben leistet, ist die ROTE HILFE. Die ROTE HILFE unterstützt den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen staatliche Unterdrückungsmaßnahmen, politische Disziplinierung und den Abbau der demokratischen Rechte... leistet Unterstützung, wo die Rechte Einzelner und fortschrittlicher Organisationen auf Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit beschnitten werden."
"Wirkliche Demokratie für die breiten Volksmassen kann erst der Sozialismus schaffen, in dem die Herrschaft einer kleinen Minderheit von Ausbeutern über die große Mehrheit der Gesellschaft beseitigt ist. Heute gilt mehr denn je das Wort Rosa Luxemburgs: Sozialismus oder Barbarei."

Im Kampf um die Freilassung von Ulli Kranzusch, in der Solidaritätskampagne für die streikenden und entlassenen FORD-Arbeiter begann die ROTE HILFE als national aufgebaute Massenorganisation die Klassen-solidarität zu organisieren.

In der selben Zeit offenbarte sich der arbeiterfeindliche Charakter der kleinbürgerlich-anarchistischen Rote Hilfe-Gruppen immer deutlicher. Sie, die mit der Arbeiterklasse und der Revolution nichts im Sinne hatten und auch nicht haben wollten, schlossen sich nicht zuletzt unter Mitwirkung der späteren Gründer der RHD national zusammen. Doch auch dieser Zusammenschluß mußte von Zersetzung geprägt sein und war nicht von langer Dauer. Gegen diese Politik, die nur zur Verwirrung und Desorientierung des Proletariats dient, hat die ROTE HILFE weiter entschieden den Kampf geführt. Die- sen anarchis- tischen, trotzkistischen und opportunisti- schen Sumpf als "Rote Hilfe- Bewegung", als "Kern" einer noch aufzuba- uenden Rote Hilfe einzuschätzen und ihn aufrechtzuerhalten, war das traurige Verdienst der Gründer der späteren Rote Hilfe Deutschlands.

Forts. von S. 1

die herrschende Klasse die geplante Strafrechtsreform als notwendige Schutzmaßnahme gegen einen "weltweit organisierten Terrorismus", den Feind "aller" aus. Mit dem Polizeiberuf auf den Tritikon-Verlag und der Beschlagnahme sämtlicher Materialien des von dem Anarchisten Bauermann herausgegebenen Buches wollte sie unter Beweis stellen, daß sich der Gewaltparagraph gegen Anarchisten richtet.

Eine uralte Methode der deutschen Bourgeoisie!
Schon Bismarck unternahm 1878 den Versuch, das Volk für die Sozialistengesetze zu mobilisieren, indem er nach 2 Attentaten auf den Kaiser in der Begründung für die Sozialistengesetze die Lüge aufstufte, "die verbündeten Regierungen seien durch die Attentate und die vielen denselben folgenden Majestätsbeleidigungen davon überzeugt worden, daß in weiten Kreisen eine jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung herrsche, die Staat und Gesellschaft mit großen Gefahren bedroht."

Doch die Sozialistengesetze lehrten die Arbeiterklasse, daß der bürgerliche Staatsapparat eine Unterdrückungsmaschinerie zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Ausbeuter ist. Die Rechte auf Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, von der Arbeiterklasse gegen die Bonjettis des deutschen Fürstentums blutig erkämpft, wurden ausgehöhlt und für diejenigen außer Kraft gesetzt, die sich am konsequentesten für den Sturz der Bourgeoisie einsetzten. Bismarck erreichte mit seinen Gesetzen das genaue Gegenteil dessen, was er beabsichtigte: die Arbeiterklasse schloß sich um die revolutionäre Sozialdemokratie zusammen.

Der Gewaltparagraph setzt einen neuen reaktionären Meilenstein für die Entwicklung der Klassenjustiz, die insbesondere in den letzten beiden Jahren wieder gezeigt hat: Der innere Feind, gegen den der Staat rüstet, ist die Arbeiterklasse. Die von der Bourgeoisie seit eh und je verbreitete Illusion, es gäbe eine unabhängige Justiz, die dem Volk zum Schutz und zur Kontrolle über die staatlichen Organe diene, zerschellt an der Wirklichkeit.

DIE KLASSENJUSTIZ FORMIERT SICH

Während der vergangenen 2 Jahre besann sich die Klassenjustiz wieder auf einen Paragraphen, der unter der Adenauer-Regierung "zum Schutz gegen den weltweit verschworenen Bolschewismus" geschaffen wurde und seinen Vorläufer in Hitlers "Hetzparagraphen" hat; den Paragraphen 90a, der die "Verunglimpfung der Bundesrepublik" unter Strafe stellt. Der getroffene Hund bellt! Abschreckende Strafen, zunehmend Gefängnisstrafen verhängt die Justiz gegen diejenigen, die die bürgerliche Klassenherrschaft an einem Punkt enthüllen, an dem ihr volksfeindliche Charakter kaum noch verborgen werden kann.

Die Aufrüstung der Polizei konnte die Bourgeoisie noch vielen Werktätigen als notwendige Maßnahme gegen die seinerzeit zum Staatsfeind Nr 1 deklarierte RAF darstellen. Die vielen Polizeimorde in den letzten Jahren ließen sie jedoch entsetzt die in den Polizeikasernen hochgezögerten Aggressionen gegen die Arbeiterklasse erkennen. Hysterisch verfolgt die Klassenjustiz jeden, der das Wort Polizeimord auch nur in den Mund nimmt und nachweist, daß die Brutalität der Polizei Ausdruck der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Aufrüstung des Staatsapparates ist. Schon das Mittragen einer Tafel mit der Aufschrift "Bestrafung der Mörder von Manfred Rohs" (der in Köln von Polizeikugeln durchlöchert worden ist) war Anlaß für einen Strafbefehl.

In letzter Zeit geht die Klassenjustiz systematisch dazu über, den Paragraphen 90a gegen den einzusetzen, der die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus in unserem Lande, ihre Ursachen und Auswirkungen auf die Volksmassen beim Namen nennt:

Ende des letzten Jahres wurden die Kommunal kandidatin der KPD, Helga Hirsch und der KPD-Landtagskandidat und verantwortliche Redakteur der Roten Fahne, Willi Jasper zu 1000 DM bzw. 1500 DM Geldstrafe verurteilt, weil sie in einem Wahlaufuf u. a. gesagt haben, daß das bei uns herrschende System ein "System der Arbeitslosigkeit und Unterdrückung", eine "kapitalistische Ausbeuterordnung" sei, die "morsch ist und hinweggefegt werden muß". In der Urteilsbegründung heißt es, den Genossen gehe es nicht "um die Kritik an einer Fehlentwicklung der BRD... es geht ihnen vielmehr darum, den Eindruck zu erwecken, daß dieses System sich in einem schimpflichen Zustand befindet und der Achtung seiner Bürger nicht wert ist, woraus die Konsequenz zu ziehen sei, daß dieses System... hinwegzufegen und zu zerschlagen sei."

Auch jedem Künstler, Wissenschaftler und Journalisten, der dieses System angreift, wird der Mund verboten. Der Bundesgerichtshof hat kürzlich gegen ein Theaterstück der Studiobühne an der Universität Würzburg, das die Menschenschinderei und Korruption in einem Würzburger Betrieb anprangert, entschieden: Zwar sei die Freiheit der Kunst "vorbehaltlos, nicht aber schrankenlos gewährleistet"... sie finde dort ihre Grenzen, "wo ein Unternehmen und seine Beschäftigten in ihrer realen Existenz und Tätigkeit zum Objekt herabwürdigender Kritik gemacht werden." (BGH AZ VI ZR 123/74 v. 3.6. 75)

Sehen wir uns schließlich auch die Verfolgung derjenigen an, die den Kampf der Völker der Dritten Welt, der Hauptkraft der Weltrevolution, unterstützen und gegen die Hauptkriegstreiber, die beiden imperialistischen Supermächte kämpfen.

Die Kölner Demonstranten gegen den Bombenhagel der USA-Imperialisten auf Vietnam wurden kürzlich in der Berufungsverhandlung zu insgesamt 36 Monaten Gefängnis verurteilt. Es laufen die Vorbereitungen für einen Prozeß gegen mehrere Demonstranten, die anlässlich der Befreiung Kamboodschas auf die Straße gingen, für den Prozeß gegen die Besetzung des Bonner Rathauses aus Protest gegen den Besuch des Faschisten Thieu in der BRD. Die Demonstration gegen den Breschnew-Besuch in Dortmund Ermittlungen ein. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit: Die Kollaboration des BRD-Imperialismus mit den beiden Hauptkriegstreibern, dem USA-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus führt zur verschärften Verfolgung des antihegemonistischen Kampfes

DER REAKTIONÄRE KURS DER KLASSENJUSTIZ HAT EINE LANGE TRADITION

Seit jeher ist die Klassenjustiz die Ausgeburt der Reaktion der deutschen Bourgeoisie. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches 1918 ging der kaiserliche Richterstand bruchlos in die Justiz der Weimarer Republik über. Ebenso ordnete sich die Justiz der Republik dem Hitler-Faschismus unter. Zu Anfang der 50er Jahre waren es 85 % der Staatsanwälte und höheren Richter, die bereits unter dem Hitler-Regime "In Amt und Würden" waren. Um auf diesem Nährboden die Saat der Reaktion voll zu Blüte zu bringen, werden heute gezielt die Richter und Staatsanwälte auf Schlüsselpositionen befördert, die sich in der Verfolgung klassenbewußter Menschen, insbesondere der Kommunisten hervorzuheben haben. Staatsanwalt Wahl in München wurde berüchtigt wegen der Verfolgung der revolutionären Bewegung. Unter seiner Regie wurden die Ermittlungen gegen die Demonstranten gegen den NPD-Parteitag in München geführt. Unter seiner Regie mußten die Antifaschisten in die Untersuchungshaft. Er präsentierte die nötigen Polizeilagen. Staatsanwalt Morsee "profilierter" sich mit der Verfolgung der Demonstranten gegen den Breschnew-Besuch in Dortmund und der Verfolgung der KPD 1973/74. Beide Staatsanwälte sitzen heute im Dezember der Bundesanwaltschaft "zur Bekämpfung des Terrorismus". Richter Somoskooy erlangte mit der Verteilung von Beate Klarfeld und den Anti-

faschisten, die gegen die Propaganda der NPD in Köln auftraten, den Ruf des Herren der Verfahren gegen Kommunisten und Antifaschisten. Er ist heute Vorsitzender der Staatschutzkammer in Köln und exerziert mit dem Prozeß gegen die 4 türkischen Patrioten Richter Prünzing in Stammheim vor, wie man mit der totalen Entrechtung der Angeklagten zu einem Terrorurteil gelangt.

DIE KLASSENJUSTIZ IST EIN SCHRITTMACHER DER REAKTIONÄREN ENTWICKLUNG DES GESAMTEN STAATSAPPARATES

Während im Parlament die gesetzliche Absicherung des Todesschlusses der Polizei vorbereitet wurde, sprach der Bundesgerichtshof den Polizeimörder des Rücklings erschossenen Lehrlings Dobhardt frei.

Während das Kronzeugengesetz vorbereitet wird, ist der Kronzeuge längst legitimiert. Horst Mahler wurde auf die Aussagen des Lumpen Ruhland zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt (in dem Prozeß konnte nachgewiesen werden, daß Ruhland vom Staat bestochen wurde).

Während das Berufsverbotgesetz vorbereitet wurde, bestätigte das Bundesverfassungsgericht alle Berufsverbote wegen Zugehörigkeit zu einer revolutionären Organisation.

Die totale Beschneidung der Rechte des Angeklagten und seiner Verteidigung wurde im Prozeß gegen den Genossen Mahler exemplarisch exerziert, im Stammheimer Prozeß vervollkommen und ist heute in zahlreichen politischen Strafverfahren herrschende Praxis geworden.

IST DER FASCHISMUS UNVERMEDLICH?

Die zunehmend heftige Entwicklung der reaktionären Formierung des Staatsapparates wirft die Frage auf: Treibt die BRD unvermeidbar auf den Faschismus zu? Die Vertreter der KPD führten auf den Protestveranstaltungen gegen die 13. Strafrechtsreform aus:

Es ist notwendig, die reaktionäre Formierung in der BRD und Westberlin im Rahmen der internationalen Entwicklung

Hamburger Vietnam-Prozess

In der Roten Hilfe Zeitung vom Dez. 75 berichtete die Ortsgruppe der ROTEN HILFE Hamburg über einen Prozeß gegen die Genossin Renate B. Sie wurde vor Gericht gezerrt, weil sie im April 1975 (2 Wochen vor der endgültigen Befreiung ganz Vietnams) sich an einer Kundgebung beteiligte gegen eine kriegerische Demonstration der Jungen Union (JU) und der CDU auf Hamburgs Straßen. Diese reaktionären Organisationen versammelten sich unter der Hauptparole "Kommunisten raus aus Südvietsnam" zur Hetze gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur Verlängerung des imperialistischen Raubkrieges der Amerikaner in Südvietsnam. Am 12. Dezember 1975 wurde Renate B. von einem Hamburger Gericht zu 2500,-DM Geldstrafe verurteilt!

zu erklären. Zweifellos unterliegt jedes imperialistische Land der Tendenz zur Faschisierung. Unvermeidlich aber ist diese Entwicklung nur in den um Hegemonie ringenden imperialistischen Supermächten. Die imperialistischen Staaten der zweiten Welt haben objektiv die Möglichkeit, sich gegenüber den Supermächten zusammenzuschließen und ein Bündnis mit der dritten Welt einzugehen.

Diese objektive Möglichkeit des Zusammenschlusses und des Bündnisses stellt an sich noch keine Barriere im Prozess der Faschisierung dar, durch Zusammenschluß und Bündnis kann aber die Arbeiterklasse und können die Volksmassen der Länder der 2. Welt machtvolle Gegenströmungen gegen die faschistische Diktatur entfesseln. Schon jetzt sind die möglichen zwei Wege für die Bundesrepublik als Land der 2. Welt klar vorgezeichnet. Auf der einen Seite erstarkt der Druck des sowjetischen Sozialimperialismus, mit der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki Ernst zu machen und entschlossen gegen die "entspannungsfeindlichen" Kräfte vorzugehen. Auf der anderen Seite wächst die Solidarität, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen von Ländern der 2. Welt aber auch Vertreter bürgerlicher Regierungen dieser Länder den vom Staatsapparat und der Klassenjustiz verfolgten

Kommunisten, Demokraten und antihegemonistischen Kämpfern entgegen bringen... Es ist deshalb notwendig daß wir den Zusammenhang des antihegemonistischen mit dem demokratischen Kampf voll aufgreifen und schon zum jetzigen Zeitpunkt alle Reserven des Kampfes voll in die Waagschale werfen. (ROTE FAHNE, 6. Jg. Nr. 56/51)

Deshalb gilt es den demokratischen Aktionsraum der Arbeiterklasse und des Volkes um jeden Fußbreit zu verteidigen. Für die ROTE HILFE wird es eine Hauptaufgabe sein, die Solidarität mit den wegen revolutionärer Propaganda verfolgten zu schmelzen und der Isolierung der Marxisten-Leninisten vom Volk entgegenzutreten.

2500 DM Strafe für Protest gegen Kriegshetze

Ohne Rücksicht darauf, daß sie zu Zeit arbeitslos ist, wurde diese unerhört hohe Geldstrafe wegen "Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" verhängt. Die Richter mochten sich mit der Aktion der CDU zur Rettung der Thieu-Clique nicht recht identifizieren (sie unterstellten sogar, die Aktion könne sich nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen haben). Aber es war die ROTE HILFE

und andere revolutionäre Organisationen, die die Gegenkundgebung organisierten und das ist Grund genug, ein Strafverfahren zu inszenieren und ein Urteil zu fällen. Die Demonstration der CDU, dieses letzte Aufgebot für die Unterstützung der Völkermordpolitik der US in Vietnam aber war "genehmigt" und genießt den vollen Schutz der westdeutschen Klassenjustiz.

UNSEREN GENOSSEN ERNST MÜLLER UND MONIKA v. WERNER DIE LETZTE EHRE

Die Ortsgruppe Berlin Kreuzberg trauert um den Genossen Ernst, der im Alter von 79 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit starb. Der Genosse stand uns bis zu seinem letzten Tag mit seinen revolutionären Erfahrungen bei, die er als Kämpfer in der alten RHD und im antifaschistischen Kampf erworben hatte. Sein Drängen, uns intensiver mit den Sorgen und Nöten der Arbeiter und Werktätigen zu verbinden, sein Drängen auch, den Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und um eine ROTE HILFE energischer voranzutreiben, werden wir in zukünftigen Kämpfen als revolutionären Ratschlag hochhalten.

Die Ortsgruppe Dortmund trauert um die Genossin Monika, die im Alter von 29 Jahren gestorben ist. Seit ihrem Eintritt in die ROTE HILFE hat sich die Genossin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften für unsere Organisation eingesetzt. Trotz ihrer langen schweren Krankheit hat sie sowohl die praktische Arbeit der Ortsgruppe unterstützt, als auch ihre politische Erfahrung zum Nutzen der gesamten Organisation eingesetzt.

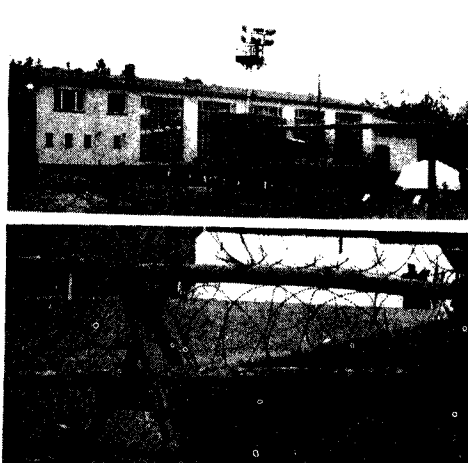
EHRE IHREM ANDENKEN

Staatsschutzkammer flüchtet aufs Land

Der Prozeß gegen Klaus Öllerer wegen angeblicher Wehkräfterssetzung läuft nicht nach den Vorstellungen von Justiz und Polizei ab. Obwohl der Prozeß in das entfernt liegende kleine Dorf Windisch-Evern gelegt wurde, obwohl in einer von manns-hohem Stacheldraht umgebenen zur Polizeifestung ausgebauten Turnhalle die Zuhörer von einer mit maschinenpistolen bewaffneten halben Polizeihundertschaft nach Waffen durchsucht werden, ihre Personalausweise fotokopiert und an den Verfassungsschutz weitergegeben werden, ist des der Klassenjustiz nicht gelungen, den Prozeß unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu führen und die Wahrheit über den Prozeß zu unterdrücken. Nicht nur Freunde und Genossen von Klaus Öllerer, auch Schüler und Studenten um die Turnhalle herum, wie sehr er es ten aus Lüneburg, Bauern aus Windisch-Evern besuchen den Prozeß und können er-

Ebenso prangerten Zeugen die terroristischen Methoden des MAD (MilIt. Abschirm-Dienst) an, mit denen Aussagen erpreßt worden seien. Der MAD behauptete damals, Klaus Öllerer sei der Spionage für die DDR verdächtig und wer ihn nicht belaste, könne in denselben Verdacht geraten. Sie drohten mit Gefängnis und Streichung der Studienförderungen, um Zeugenaussagen gegen Klaus Öllerer zu erpressen. Dieser wurde über 5 Monate vom MAD täglich öffentlich verfolgt.

Vor Gericht bekannte sich die Mehrzahl der ehemaligen Kameraden zu den politischen Zielen der damaligen Arbeit in der Bundeswehr. Ein ehemaliger Soldat sagte unter Eindruck des staatlichen Terrors in Aussagen vor der Polizei Klaus Öllerer belastet zu haben.



leben, wie die Klassenjustiz vorgeht, Klaus Öllerer allein wegen seiner kommunistischen Gesinnung zu verurteilen.

Aufgrund des beharrlichen Kampfes innerhalb und außerhalb des "Gerichtssaales" ist es gelungen, das Gericht zu zwingen, die als "vertraulich" bezeichnete Gerichtsverfügung, in der die Sicherheitsmaßnahmen für den Prozeß angeordnet wurden, öffentlich bekannt zu machen. Zwar hat das Gericht es abgelehnt, den Zwangsverteidiger, der ausschließlich das Vertrauen des Gerichts, nicht aber das von Klaus Öllerer besitzt, abzusetzen. Er konnte aber gezwungen werden, selbst den Antrag auf seine Entlassung zu stellen, der Boden war ihm im Prozeß zu heiß unter den Füßen geworden. Ständig wurde seine reaktionäre Rolle angegriffen, an seinem Anwaltsbüro verziert jetzt sein neuer Titel "Zwangsverteidiger" das Büroschild.

Auch ein Bundeswehr-Spitzel, der im dienstlichen Auftrag Berichte schrieb, um - wie das Gericht zugeben mußte - neue Disziplinarverfahren gegen Klaus Öllerer und die als Zeugen geladenen ehemaligen Ausschußmitglieder einzuleiten, konnte entlarvt werden. Er mußte vom Gericht aus dem Saal gewiesen werden.

Noch mehr kam das Gericht in Bedrängnis, als Zeugen der Anklage vernommen wurden. Da wurde deutlich: die Tätigkeit des Ausschusses in der Bundeswehr war eine richtige und gerechte Sache. Die ehemaligen Soldaten schulderten das System des Drills und der Schikane, die einzigen Mittel der Bundeswehr-Führung zur Aufrechterhaltung der Disziplin. Ein Offizier erklärte selbstgefällig, daß er sich natürlich von den Soldaten Stiefel und Gewehr putzen läßt, da das keine Offiziersaufgaben wären. Er gab sogar zu, daß eine ganze Kompanie auf seinen Befehl nachts auf dem Übungsplatz herumrobbten mußte, um ein verlorenes gegangenes Gewehrmagazin im Werte von 7.50DM zu suchen.

IM-RESSUM
Verantw. i. S. d. Pr. ges.: H. Schmidt
3 Köln 30, Gumprechtstr. 6
Hrsg.: Zentralvorstand d. ROTEN HILFE
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

In seiner Erklärung vor Gericht griff Klaus Öllerer die volksfeindliche und unpatriotsche Haltung der Bundeswehrführung an: anstatt angesichts des immerschärferen Ringens der beiden Supermächte und der wachsenden Kriegsgefahr Vorbereitungen zu treffen, versuche sie und die Bundesregierung sich durchzulavieren. Nicht die Kommunisten, sondern diese sind es, die die Sicherheit der Volksmassen gefährden. Die schlechten Verhältnisse in der Bundeswehr, wo die Soldaten stumpfsinnigen Formaldienst ableisten, aber nicht in der Lage sind, auch nur die einfachsten Waffen zu bedienen, prangerte Klaus Öllerer an.

Trotz Kundgebungsverbote in Lüneburg sind die Menschen über den Prozeß gut informiert worden, selbst in einer Bundeswehr-Einheit wurde die Forderung durchgesetzt, den Prozeß im politischen Unterricht zu besprechen. Die Mehrheit der Soldaten lehnte den Prozeß entschieden ab.

In einer Streikvollversammlung der Päd. Hochschule verurteilten 500 Studenten den Gesinnungsprozeß. Besonders aber in Windisch-Evern ist den Menschen klar geworden: es sind nicht die Kommunisten, die Terror ausüben, sondern der Staatsapparat terrorisiert. Der Versuch der Polizei, Klaus Öllerer als Bader-Meinhold-Sympathisant bei der Bevölkerung zu verhetzen, ist voll gescheitert: keiner akzeptiert mehr, daß der Prozeß in einer Polizeifestung in Windisch-Evern durchgeführt wird, und der Ruf, der auch auf einer Dorfversammlung zu Ausdruck kam, wird immer lauter: Verlegung des Prozesses nach Lüneburg!

Der bisherige Prozeßverlauf hat bewiesen: Die Angriffe der Bourgeoisie und ihrer Klassenjustiz sind Ausdruck ihrer Schwäche, das erkennen die Massen, sie reißen sich ein in den Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und Polizeiterror.

FREISPRUCH FÜR KLAUS ÖLLERER!

SPENDET

Kto.-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund (Rote Hilfe)

FÜR DIE ROTE HILFE!

Zwei alte Rote Helfer gehen voran

Weisweiler, den 13.12.75

Liebe R. H. Genossinnen und Genossen.

Habe heute den Betrag von 270.-DM von der Poststelle Eschweiler-Weisweiler abgeschickt. 20.-DM für Förderabonnement 1976, die weiteren 250.-DM sind eine Spende für die Rote Hilfe. Die 20.-DM haben wir aus der Haushaltskasse genommen und die restlichen 250.-DM haben wir zusammengelegt, also Franz 125.-DM und ich persönlich 125.-DM. Wir haben es von unserem Monatstaschengeld gespendet, vom Wirtschaftsgeld konnten wir es wirklich nicht entbehren. Wir spenden diese Summe in der Überzeugung, unserer gemeinsamen guten Sache zu dienen.

Mit Rote-Hilfe Gruß Eure Mathilde - Hausfrau, werde im Januar 73 Jahre Auch ich persönlich möchte die Gelegenheit nicht versäumen, einige Sätze an Euch zu richten. Wir wissen, daß das Gebot der Stunde in dieser Zeit ist alles zu tun, was man vermag. "Trotz alledem" war der Ausspruch unseres 1919 (15. Januar) von den gedungenen Landsknechten in Berlin ermordeten Genossen Karl Liebknecht. Immer müssen wir daran denken in Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Sinne zu handeln. Wir sind zwar noch klein an Zahl, aber wir werden größer und größer. "Aufgeschoben - ist nicht aufgehoben, und der Sieg wird unser sein", sagte unser Karl Liebknecht einmal. Zwar sind seit dieser Zeit, als uns Karl diese Worte sagte, mehr wie fünf Jahrzehnte vergangen. Wenn sich auch in Deutschland in diesem Zeitraum nichts geändert, so hat sich doch im Weltmaßstab sehr viel geändert, sehr viel sogar. In China sind von erreaktionären Zustände - sozialistische geworden. Vietnam in seiner Gänze ist für den internationalen Kapitalismus verloren gegangen. Dazu noch Laos und Kambodscha! Hoch die nationale Solidarität - Hoch die internationale Solidarität!

Euer RH - Genosse Franz (im Januar 1976 75 Jahre)

PROZESSNACHRICHTEN

EHRENGERICHTSVERFAHREN GEGEN RA Erika Fischer (vgl. RHZ 10/1975) mußte eingestellt werden - eine neue Niederlage für die Staatsanwaltschaft bei ihrem Versuch, gegen die fortschrittliche Rechtsanwältin ein Berufsverbot zu verhängen.

INNENMINISTER REGIERT IM GERICHT Im Prozeß gegen den früheren Presseverantwortlichen der RHD, Michael Banos, wies der Innenminister von NRW das Gericht an, Ausweise der Prozeßbesucher zu kontrollieren. Die unverschämte Begründung: Sicherheit und Ordnung seien gefährdet. Michael Banos wurde zu 7 Monaten auf Bewährung und 900 DM verurteilt!

Bestellschein

Ich bestelle ab die
ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnements-Preis von

halbjährlich	4,80 DM
jährlich	9,60 DM
Förderabonnement	
jährlich	20.- DM

Das Geld habe ich im Voraus auf das
Vertriebskonto der ROTEN HILFE
PSCA Dortmund 37683 - 487 über-
wiesen.

Name:
Adresse:
Beruf:

Unterschrift:

Einsenden an ROTE HILFE, 5 Köln 30,
Gumprechtstr. 6

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.
Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich ... DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:
Wohnort:
Straße:
Beruf:
Alter:

Unterschrift:

Konto-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

Einsenden an eins der ROTEN HILFE-Büros!

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

Wendet Euch an die ROTE HILFE

Zentrale: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6 (0221/545352) tägl. 18-19 Uhr
Landesvorstand NRW: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763)
Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mo 17-19
OG Köln-Süd: z. Z. erreichbar über Zentrale
OG Köln-Ehrenfeld: Gumprechtstr. 6, Mo 19 Uhr
Landesvorstand Hessen: Frankfurt, Schleiermacherstr. 40 (0611/495738), Mo u. Mi 17-19, Sa 14-16 Uhr
OG Frankfurt, Schleiermacherstr. 40, Mi 20 Uhr
Landesvorstand Bayern: 8 München 80, Milchstr. 21 (089/483597)
OG München: Milchstr. 21, Mi 17-19 Uhr
OG Augsburg: A-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr 20-22 Uhr
OG Nürnberg: 85 Nürnberg, Sperberstr. 21, Do 19.30 Uhr
Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, (040/392673) Di u. Fr 17-19 Uhr
OG Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt 3, Mi 19 Uhr
OG Bremen: Bremen-Walle, Gustavstr. 24, Mi 17.30 - 19 Uhr
Komitee Hannover: Göttinger Str. 58 (KJVD), Mi 17.30-19 Uhr
Landesvorstand Westberlin: 1 Berlin 65, Badstr. 38 (030/4935012) (040/392673) Di u. Fr 17-19 Uhr
OG Moabit: Oldenburger Str. 22 (Laden), Mi 20-22 Uhr
OG Wedding: "Zur stumpfen Ecke", Liebenwalder/Malpaquetstr, Mi 19
OG Kreuzberg: Leuschner Damm/Waldemarstr., Mi 19.30-22
OG Neukölln: "Parkrestaurant", Nogatstr./Kirchhofstr., Mi 19.30

Ortsgruppe Stuttgart Cannstadt, "Neckartal", Wilhelmstr., Fr 20

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE



Die Sowjetunion unter Breschnew: ein Militärzuchthaus

Gesetze

Seit dem Machtantritt Chruschtschows 1956 ist eine Vielzahl von Gesetzen erlassen worden, die sich gegen den Widerstand des Volkes richten. Die wichtigsten sind:

- das neue Strafbuch von 1960, mit Verschärfungen von 1969. Im Unterschied zu 1926 wird nicht mehr zwischen der Arbeiterklasse und der Konterrevolution unterschieden. Das Gesetz der neuen Zaren behandelt alle "gleich".
- der Beschluß über die Maßnahmen für weitere Verstärkung der sowjetischen Polizei.
- die Verordnung über die administrative Kontrolle der aus dem Gefängnis freigelassenen durch die Polizei.
- die Verfügung über vorläufige Verhaftungen.
- die Verordnung über die Beschlagnahme von Feuerwaffen.

Das alles sind keine Mittel, die die Arbeiterklasse, wenn sie an der Macht ist, zur Niederhaltung der Konterrevolution braucht, sondern sind massive Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Volk. Sie sind gleichzusetzen mit denen, wie sie von anderen faschistischen Regimes bekannt sind.

So lautet der Artikel 70 des Strafbuches:

"Agitation und Propaganda, die mit dem Ziel der Untergrabung oder Schwächung der Sowjetmacht oder der Begehung einzelner besonders gefährlicher Verbrechen gegen den Staat betrieben wird, die mit demselben Ziel unternommene Verbreitung verleumdender Unwahrheiten, die die sowjetische staatliche und gesellschaftliche Ordnung in üblen Ruf bringen, sowie die mit demselben Ziel unternommene Verbreitung, Herstellung oder Aufbewahrung von Literatur gleichen Inhalts, wird mit Freiheitsentzug von sechs Monaten bis zu sieben Jahren verbunden mit Verbannung von zwei bis fünf Jahren oder ohne solche, bestraft."

Man merkt dem Dokument von 1960 noch an, daß dem neuen Kurs Chruschtschows von den aufrechten Kommunisten im In- und Ausland heftiger Widerstand entgegen gestellt worden war: Manche Formulierungen zeigen, daß man dem revolutionären Bewußtsein vieler Menschen in der Sowjetunion noch nicht in aller Offenheit entgegen zu treten wagte. Diese taktischen Winkelzüge brauchte Breschnew 1969 nicht mehr. So sprechen die Ergänzungen des Artikels 70, wie sie im Artikel 190 niedergelegt sind, eine ungleich offenere Sprache:

"Die Organisation wie auch die Teilnahme an Gruppenhandlungen, die die öffentliche Ordnung stören oder mit offener sichtlicher Nichtbefolgung der gesetzlichen Forderungen der behördlichen Vertreter verbunden sind, oder die Störungen der Arbeiten des Transportwesens, der staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zur Folge haben, werden mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren oder mit Besserungsarbeit bis zu 1 Jahr oder mit einer Geldstrafe bis zu 100 Rubel bestraft."

Terrorjustiz

Nach dieser Vorschrift wurden fünf Menschen bestraft, die auf dem Roten Platz in Moskau gegen die Besetzung der CSSR durch die Sozialimperialisten demonstriert hatten. Sie trugen Spruchbänder mit den Losungen: "Nieder mit den Besatzern! Hände weg von der CSSR!"

Die Sowjetunion, unter Lenin und Stalin das Bollwerk der Weltrevolution, ist heute nichts anderes als ein Militärzuchthaus. Um zum Oberherrn in der Welt zu werden brauchen die neuen Zaren im Kreml Ruhe im eigenen Land. Ihre faschistischen Herrschaftsmethoden wollen die russischen Sozialimperialisten allen Völkern aufzwingen, so wie sie es in der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern getan haben. Jede Regung des Widerstands der Volksmassen gegen die wachsende wirtschaftliche Verschlechterung wird kontrolliert und unterbunden.

Die Diktatur des Proletariats, die unter Lenin und Stalin in der Sowjetunion bestand, war die erste Herrschaft in der Geschichte, die offen vom Klassencharakter der Gesellschaft ausging und alles daran setzte zu verhindern, daß die alten Ausbeuter und Unterdrückten wieder emporkamen. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde Recht und Gesetz klassenmäßig bestimmt, der bürgerliche Betrug beseitigt, daß Recht und Gesetz über den Klassen stehe. Die Ideologie der Bourgeoisie, daß vor dem Gesetz alle gleich seien und gleich behandelt werden, wurde durchbrochen. Die Gesetze der jungen Sowjetunion unterschieden zwischen Widersprüchen im Volk und Straftaten konterrevolutionärer Elemente. Diese wurden durch Teilnahme an körperlicher Arbeit unter der Führung des Arbeiterklasse umgezogen, wurde verhindert, daß sie ihre volksfeindlichen Ideen verbreiteten. Heute, unter der Herrschaft des modernen Revisionismus, sind in der Sowjetunion Recht und Gesetz wieder zu Mitteln der Täuschung und Knechtung des Volkes geworden. Die Lüge der "Gleichheit" ist wieder errichtet. Die ehemaligen proletarischen Machtorgane sind in den Händen der modernen Revisionisten vollkommen ihres Inhalts beraubt und in ihr Gegenteil verkehrt. Sie stellen in der Hand der Breschnew-Clique ein konzentriertes Machtbündel dar, mit dem sie ihr terroristisches System durchsetzt. Die ehemaligen proletarischen Machtorgane (der proletarische Staatsapparat, die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften bis hin zu Wohnblockkollektiven) sind heute von der Arbeiterklasse unkontrollierbar, von Korruption und Karrierismus getragene Instrumente der Kontrolle, Bespitzelung und Unterwerfung der Volksmassen.

Freiheit für Dubcek! Für eure und unsere Freiheit!

Internationale Solidarität wird zur "anti-sowjetischen Hetze"!

Tausend aufrechter Arbeiter, Werktätiger und Intellektueller landen so kurzerhand in den KZ's der neuen Zaren!

Politische Prozesse laufen im Geheimen ab. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen. Oder sie wird von herangekehrten Agenten des Staatssicherheitsdienstes gestellt.

Zeugen der Verteidigung werden nicht zugelassen. Die Verteidiger sind in der Regel vom Staat gestellte Zwangsverteidiger - Handlanger der neuen Zaren.

In den Fällen, wo sich Verteidiger für die Interessen ihrer Mandanten eingesetzt haben, ist schnell das Berufsverbot gefolgt.

Die Rechte der Angeklagten sind ebenso drastisch beschnitten. Für Häftlinge in der beliebig ausdehnbaren Untersuchungshaft bestimmt der Staatsanwalt, ob sie Besuche empfangen, Briefe schreiben oder mit einem Rechtsanwalt sprechen dürfen. Bei politischen Gefangenen gibt der Untersuchungsleiter eine solche Erlaubnis nicht, so daß oft lange Zeit niemand weiß, wo sie sich überhaupt befinden.

VR China: Justiz des Volkes

Ein Vergleich mit den sozialistischen Ländern, mit der VR-China an der Spitze, zeigt aber, wie tatsächlich im Sozialismus Straftaten behandelt werden.

Im Artikel 25 der chinesischen Verfassung heißt es:

"In der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit wie bei der Verhandlung von Rechtsfällen muß die Massenlinie durchgeführt werden. Bei schweren konterrevolutionären Straftaten müssen die Massen zur Diskussion der Straffälle und Kritik der Straftaten mobilisiert werden."

Die neue Verfassung der VR China wurde vom nationalen Volkskongreß am 17. 1. 75 verabschiedet, nachdem die Arbeiter und Bauern den Pseudomarxismus von Lin Biao, seine heuchlerische Doktrin des Regierens nach Maß und Mitte grundlegend kritisiert hatten. Diese Doktrin läuft auf das gleiche hinaus, was die modernen Revisionisten in der Sowjetunion wieder durchsetzten. Die Verfassung der VR China wurde unter Beteiligung der Volksmassen geschaffen, sie ist auch wie jedes Recht und Gesetz nur unter Beteiligung der Volksmassen zu verwirklichen.

KZ's

Politische Gefangene werden in der Regel mit sogenannter "Besserungsarbeit" bestraft, das sind Arbeitslager und Verbannung wie unter den alten Zaren. Von diesen Arbeitslagern gibt es vier Typen, die sich durch die Schwere der Arbeit und die Versorgung der Gefangenen unterscheiden. Es gibt "gewöhnliche", "verstärkte" Lager, solche der "strengen Disziplin" und "spezielle Lager". In die beiden letzteren werden die politischen Gefangenen eingesperrt. Nach Berichten gibt es über eine Million politische Gefangene in der Sowjetunion. Angesichts der Wirklichkeit, der zügellosen Ausbeutung der Gefangenen in den Lagern, erweisen sich Gesetzespassagen wie: "Der Vollzug der Strafe hat nicht das Ziel, physische Leiden zuzufügen oder die Menschenwürde zu verletzen," als das, was sie in jedem Ausbeuterstaat, besonders aber in faschistischen und sozial-faschistischen, sind: leere Phrasen zur Bemäntelung der Untaten und zur Täuschung der Massen.

So sagte der KGB-Hauptmann Kotschetkow zum einem Häftling: "Sie sind hier in einem Sonderlager und nirgendwo

sonst. Das hier ist keine Besserungs-, sondern eine Strafvollzugsanstalt. Unsere Aufgabe ist es, sie wie einen Bogen zu biegen, damit sie gefügig werden!"

Die Gefangenen müssen, je nach Lagertyp, schwere körperliche Arbeit im Akkord verrichten. Dieser wird nach Belieben der Lagerleitung festgelegt. Wer seine Norm nicht erfüllt, wird mit Strafzelle und Verkürzung der Essensrationen bestraft. Die Kürzung der Essensrationen bedeutet den langsamen Hungertod der Gefangenen. Schon der Standard der Verpflegung zeigt die Menschenverachtung der Sozialimperialisten:

"Verurteilte sollen eine Nahrung erhalten, die das normale Funktionieren des menschlichen Organismus sicherstellt."

Demgegenüber ist das Mindeste, daß die UNO festlegt:

"Jedem Gefangenen soll zu den geordneten Zeiten durch die Verwaltung nährwerthaltige, gesundheitsfördernde und kräftigende Nahrung gegeben werden, die von bekömmlicher Qualität ist, gut zubereitet und dargeboten wird."

Je härter der Lagertyp ist und ob der Gefangene einer Lagerstrafe wie Isolierhaft unterworfen ist, desto schlechter und kleiner sind die Essensportionen. Der Gefangene aber muß weiterarbeiten, so daß seine Gesundheit auch dadurch ruiniert wird.

Irrenanstalten

Als schärfstes Unterdrückungsinstrument setzt die Breschnew-Bande Irrenanstalten ein, um den Widerstand gegen ihre sozialfaschistische Diktatur zu brechen. Politische Gegner werden für psychisch krank erklärt, was zur Folge hat, daß kein Strafprozess gegen sie stattfindet, sondern sie in eine psychiatrische Sonderanstalt eingewiesen werden, "bis zu ihrer Genesung", was KGB-Ärzte feststellen. Als Symptome für "psychische Erkrankung" gelten für den KGB:

"leidenschaftliche Besessenheit um die Suche nach Wahrheit", "betrachtet den Einmarsch in die CSSR als Aggression" oder "glaubt, daß er sein Leben dem Ideal des Kommunismus widmen muß".

Sonderanstalten sind vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. In ihnen herrscht der blutige Terror. In einem Bericht hat Amnesty International festgestellt, daß politische Gefangene gefoltert werden, in Zwangsjacken eingesperrt und mit Beruhigungsmitteln wie Haloperidol, Amniasin, Triflazin oder Sulphasin "behandelt" werden. Diese Medikamente haben selbst wenn sie medizinisch korrekt angewendet werden, Nebenwirkungen wie Entzündungen der Leber, Blutdruckschwankungen, Muskelkrämpfe, Kopfschmerzen, Unwohlsein, depressive Stimmungen, Trockenheit des Mundes. Wenn sie bei Gesunden eingesetzt werden, bedeutet dies ein schmerzvolles Siechtum.

Das ist die Methode, wie sie bereits vom Hitlerfaschismus gegen Millionen von politischen Gegnern eingesetzt wurde.

Die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen verzweifelt ihren Staat als sozialistischen auszugeben. Sie tarnen ihre Unterdrückungsmaßnahmen mit revolutionären Phrasen, die die Völker der Welt täuschen sollen.

Literaturhinweise:

1. DIE NEUEN ZAREN
Verlag Rote Fahne, 1975
2. Politische Gefangene in der UdSSR
amnesty international, 1975